

10. IV. 1915.

## Kleine Wohnungen.

Der Jahresbericht der Wohnungsgesellschaft befaßt sich mit der Notlage der Hausbesitzer während der Kriegszeit und widmet dann der Kleinwohnungsfrage eine eingehendere Besprechung. „Wie sich nach dem Krieg die Wohnungsfrage gestalten wird“, so heißt es da, „kann heute schwer beurteilt werden. Jedenfalls kann aber heute schon gesagt werden, daß ein Mangel an Kleinen und Kleinsten Wohnungen eintreten wird. Die Nachfrage nach billigen Wohnungen macht sich von Tag zu Tag mehr bemerkbar. Frauen, deren Männer, Eltern, deren Söhne, die zum Haushalt beigetragen haben, gefallen oder ganz oder teilweise erwerbsunfähig geworden sind, können die seither größeren und entsprechend teureren Wohnungen nicht weiter behalten und suchen kleinere und billigere, an welchen schon seit langer Zeit bekanntlich kein Ueberschuß vorhanden ist. Sache des Staates und der Stadt ist es, ihr Augenmerk beizusetzen auf die Gefahr einer Wohnungsnot und auf deren Abwehr zu richten, da auf eine größere Bautätigkeit für kleine Wohnungen von Seiten des Privatkapitals nach dem Krieg nicht zu rechnen ist. Nach unserem Dafürhalten wird dieser Mißstand nach einem für Deutschland günstigen Kriegsausgang noch

schärfer in Erscheinung treten. Das zu erwartende Emporblühen der Industrie wird in erster Linie das mobile Kapital an sich ziehen und der Hypothekenmarkt wird nur unter sehr schwierigen Bedingungen für den Geldsuchenden befriedigt werden können und hiervon wird vorwiegend der Kleinwohnungsbau betroffen, der höhere Lasten als seither zu tragen außer Stande ist. Die geeigneten Maßnahmen, die hiergegen zu ergreifen sind, sind Sache der öffentlichen Gewalt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Wohnungsfrage für die Gesunderhaltung des Volkes und die Erziehung eines kräftigen Nachwuchses nach dem Krieg eine mindestens so große Rolle spielen wird wie die Fürsorge für eine ausreichende Ernährung während des Kriegs unerlässlich ist, um ebenso hier wie dort durchhalten zu können. Neben dem Staate haben zunächst die Gemeinden, welchen die Wohnungsverforgung für ihre Bürger in erster Linie obliegt, einzutreten. Ob dies durch Eigenbau oder Unterstützung der privaten oder gemeinnützigen Bautätigkeit erfolgen soll, ist Sache der Erwägung der städtischen Behörden. Jedenfalls ist es aber notwendig, sobald als möglich diese Erwägungen zu einem Abschluß zu bringen, um sie nach dem Kriege soweit als notwendig in die Praxis umzusetzen.“

Auch bei den gemeinnützigen Baugesellschaften besteht zur Zeit wenig Neigung zu neuen Unternehmungen. Die Aktiengesellschaft für kleine Wohnungen baut gegenwärtig ihr Gelände an der Sinnheimer Landstraße und der Volksbau- und Sparverein die Riederwaldanlage aus. Die Verhandlungen der letzteren Gesellschaft über ein neues Unternehmen an der Guntentstraße, das dem Abschluß nahe war, sind vorläufig eingestellt und sollen auch bis zur Beendigung des Kriegs nicht wieder aufgenommen werden. — Der Reingewinn der Wohnungsgesellschaft, aus dem u. a. 4 Prozent Dividende zur Verteilung gelangen, wird im Jahresbericht mit 15 658 Mark ausgewiesen gegen 12 951 Mark im Vorjahr.